Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Freitag, 21. November 2025 | Nr. 47 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Föderalismus nur in grossen Worten
von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Staatsstrassen: Bauprogramm unter Druck
von Walter Honegger
Seite 3

Aktuell
Politik als Reparaturbetrieb eigener Irrtümer
von Christoph Blocher
Seite 5

Parlamentsgemeinden
Der Ustertag als Vorbild für eine starke SVP
von Benjamin Streit
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Info-Abend zum Unterwerfungsvertrag
Seite 5

ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2025

NEIN zur Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz», JA zu einer starken Armee

Die «Service-citoyen-Initiative» will, dass jede Schweizer Bürgerin und jeder Schweizer Bürger einen sogenannten «zeitgemässen Einsatz für Gemeinschaft und Umwelt leistet», heisst es seitens des Initiativkomitees. Die Idee: eine Dienstpflicht für alle.

Ein Bürgerdienst bringt Zwang statt Freiheit, kostet Milliarden und schwächt Armee wie Wirtschaft. Bild: Adobe Stock

Diese kann aber nicht nur in der Armee, dem Zivilschutz oder dem Zivildienst geleistet werden, sondern auch im Pflegebereich oder im Umweltbereich. Dies ist das Gefährliche, aber auch die verführerische Idee dieser Initiative.

Keine Experimente zulasten der Armee

Für die Alimentierung der Armee und des Zivilschutzes steht für mich zentral die Dienstpflicht und nicht eine Verpflichtung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zur Erfüllung von Aufgaben für die Allgemeinheit.

Es bestehen grosse Zweifel darüber, ob diese Initiative tatsächlich dazu beitragen würde, den Personalbestand von Armee und Zivilschutz nachhaltig zu decken. Selbst der Bundesrat betont, dass es keine Garantie für eine ausreichende Personaldecke in diesem Bereich geben wird. Um die Bestände der Armee auch in Zukunft zu sichern, ist dringend eine Reform des Zivildienstgesetzes durchzuführen und die Gewissensfrage wieder einzuführen.

Diese Initiative fördert die Beliebigkeit einer allgemeinen Dienstpflicht. Dabei muss der Militärdienst oberste Priorität haben. Schon jetzt leidet die Armee unter Personalmangel und gefährdet damit die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. In einer Zeit wachsender internationaler Spannungen brauchen wir keine Experimente, sondern eine starke, einsatzbereite Armee.

> *«Die Initiative verursacht hohe Kosten und Bürokratie, ohne ein Problem zu lösen.»*

Bürokratie und Mehrkosten fürs Gewerbe

Durch die Ausweitung der Dienstpflicht auf die gesamte Schweizer Bevölkerung würde der Arbeitsmarkt zusätzlich belastet. Es würden zahlreiche Arbeitskräfte dem Markt entzogen. Die Finanzierung müsste über zusätzliche Lohnabzüge der arbeitenden Bevölkerung und der Arbeitgeber geschehen. Damit haben wir alle am Ende des Monats weniger Geld im Portemonnaie.

Personen, die keinen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt leisten, obwohl sie dazu verpflichtet wären, schulden eine Abgabe. Diese Abgabe würde vom Bund erhoben und von den Kantonen veranlagt und eingezogen. Dies ist wieder mit zusätzlicher Bürokratie verbunden.

Die Einführung einer obligatorischen Dienstpflicht für die Allgemeinheit wird auch negative Effekte auf das derzeitige freiwillige Engagement in Vereinen und dergleichen haben. Diese «Zwangsarbeit» wird die Motivation für freiwillige Tätigkeiten bestimmt mindern, was dem eigentlichen Ziel der Initiative widerspricht!

Eine verpflichtende Dienstleistung für alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger ist als Eingriff in die persönliche Freiheit wahrzunehmen – sie schränkt die Wahlfreiheit unwiderruflich ein.

Im Nationalrat wurde diese Volksinitiative mit 173 zu 18 Stimmen abgelehnt, der Ständerat hat die Vorlage mit 34 zu 8 Stimmen ebenfalls klar und deutlich abgelehnt.

Aus diesen genannten Gründen ist die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» abzulehnen.

Setzen auch Sie sich für echte Lösungen statt teure Experimente ein:

Bruno Walliser
Nationalrat SVP
Volketswil

Bis Dienstag noch brieflich abstimmen!

JA zur Mobilitätsinitiative am 30. November 2025

Christoph Mörgeli

Wirksame Gewaltprävention

Laut SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider handelt es sich um die «erste nationale Präventionskampagne zu Gewalt an Frauen». Noch nie habe es eine solche Kampagne «gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt» gegeben. 2024/25 ist es zu nicht weniger als vierzig Morden an Frauen durch ihnen nahestehende Männer (Femizide) gekommen. Und 2024 registrierte die Polizei 21 127 Straftaten im häuslichen Bereich.

Was die Plakatkampagne mit ihren KI-erzeugten «Opfern» verschweigt: Die Mehrheit der Beschuldigten hat keinen Schweizer Pass. Und ein weiterer grosser Teil der Frauenmörder und Frauenpeiniger ist noch nicht lange Schweizer. Man hat also hierzulande das Femizid-Problem einfach eingebürgert. So entstammt der jetzt gerichtlich behandelte Rupperswiler Fall der Asylszene aus Sri Lanka. Ob die Täter Bundesrätin Baume-Schneiders Aufruf «Gleichstellung verhindert Gewalt» für eineinhalb Millionen Franken pro Jahr beeindruckt, bleibt abzuwarten.

Kreuzfalsch ist jedenfalls die Behauptung, es sei die «erste nationale Präventionskampagne zu Gewalt an Frauen». Solche Kampagnen betreibt die SVP seit Jahrzehnten. 1991 reichte diese Partei eine Volkspetition für dringliche Massnahmen im Asylbereich mit über 100 000 Unterschriften ein. 1996 erreichte die SVP-Volksinitiative «gegen die illegale Einwanderung» 46,4 Prozent der Stimmen. 2002 unterlag die SVP mit gut 48 Prozent bei ihrer Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch». Eine wirksame Prävention gegen Gewalt an Frauen hätte 2010 die nicht umgesetzte Ausschaffungsinitiative schwerkrimineller Ausländer bedeutet. Oder 2014 die nicht verwirklichte Masseneinwanderungsinitiative. Dasselbe Ziel verfolgt jetzt die SVP-Grenzschutz-Initiative («Asylmissbrauch stoppen»). Ins gleiche Präventionskapitel fällt der Kampf gegen die Personenfreizügigkeit, stehen auf der EU-Warteliste doch Länder wie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Kosovo oder die Türkei. Doch die Schweizer Politik hält nichts von Vorbeugen. Viel lieber fällt sie nach hinten.

DAS BEDEUTET DER EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG FÜR DIE SCHWEIZ

Es gibt nur eine Antwort zu diesem Vertragsmonster: Ein entschiedenes NEIN!

Würden Sie einen Vertrag unterschreiben, den die Gegenseite jederzeit einseitig zu ihren Gunsten abändern kann? Würden Sie sich dazu verpflichten, diese Anpassungen unter Strafandrohung zwingend zu übernehmen? Würden Sie einen Vertrag akzeptieren, über dessen Auslegung die Rechtsabteilung der Gegenseite abschliessend entscheidet und für den Sie jährlich auch noch Milliarden bezahlen müssten? Natürlich nicht! Genau das aber erwartet uns mit dem EU-Unterwerfungsvertrag.

Die Bundeshausfraktion der SVP hat während der letzten vier Monate in zehn Arbeitsgruppen – jeweils unter der Leitung eines Nationalrates – den vollständigen EU-Unterwerfungsvertrag durchgearbeitet: Das Vertragspaket umfasst 2228 Seiten. Dazu kommen 20 897 Seiten sekundäre Erlasse (17 968 Seiten EU- und 2929 Seiten CH-Erlasse), Dutzende EU-Tertiärerlasse, EU-Kommissionsentscheide und Urteile des EU-Gerichtshofs.

Die Bundeshausfraktion der SVP hat das EU-Vertragspaket eingehend geprüft. Das Ergebnis dieser Analyse ist schockierend – hier die Folgen des EU-Unterwerfungsvertrags für die Schweiz.

Schleichender EU-Beitritt

Der Unterwerfungsvertrag führt die Schweiz schleichend in die EU.

Beendigung des bilateralen Wegs

In Zukunft setzt die EU für die Schweiz Recht und die Schweiz verpflichtet sich, dieses EU-Recht zu übernehmen. Damit wird der schweizerische Gesetzgeber – Volk, Kantone und Parlament – ausgeschaltet: Die EU ordnet an, die Schweiz vollzieht. Das ist das Gegenteil eines bilateralen Vertrags auf Augenhöhe.

Mit dem EU-Vertrag hat der Bundesrat das Ziel, die Schweiz institutionell der EU unterzuordnen. Bild: SVP Schweiz

Zwingende Übernahme von EU-Recht

Zentrale Bereiche der schweizerischen Politik werden in Zukunft von der EU für unser Land bestimmt: Regelung der Zuwanderung, Zugang zu den Schweizer Sozialversicherungen, die Wirtschaftspolitik, die Arbeitsmarktregulierung, die Land- und Luftverkehrspolitik, die Landwirtschaftspolitik (EU-«Lebensmittelsicherheitsraum»), der Strommarkt und Teile der Schweizer Gesundheitspolitik. Die EU-Rechtsübernahme durch die Schweiz wird überwacht von EU-Kommission und EU-Gerichtshof.

Entmachtung des Volkes und der Kantone

Sollte es das Schweizer Volk oder das Parlament wagen, die Übernahme einer EU-Bestimmung zu verweigern, sieht der Unterwerfungsvertrag «Ausgleichsmassnahmen» vor. Die Schweiz würde somit die EU ermächtigen, Strafmassnahmen resp. Sanktionen gegen die Schweiz zu erlassen.

EU-Gerichtshof als Richter über die Schweiz

Im Unterwerfungsvertrag ist – trotz Schiedsgericht – letztlich der EU-Gerichtshof und damit das Gericht der Gegenpartei die Instanz, die bei Streitigkeiten entscheidet. Gutachten des EuGH sind für das Schiedsgericht «bindend».

Ausweitung der Zuwanderung verletzt Art. 121a BV

Das Schweizer Volk fordert die eigenständige Steuerung der Zuwanderung und hat deshalb 2014 den Verfassungsartikel 121a «Steuerung der Zuwanderung» beschlossen. Der neue EU-Vertrag bewirkt das Gegenteil: Die Personenfreizügigkeit würde weiter ausgebaut. EU-Bürger erhalten neu schon nach fünf Jahren das Daueraufenthaltsrecht. Sie dürfen damit in der Schweiz bleiben, auch wenn sie arbeitslos oder sozialhilfeabhängig sind. Der Familiennachzug wird ausgeweitet und vereinfacht.

Rechtssicherheit und EU-Bürokratie

Namentlich die Wirtschaftsverbände wollen eine institutionelle Anbindung an die EU wegen der «Rechtssicherheit». Als ob die Schweiz ein Land der Rechtsunsicherheit wäre. Was die Verbandsfunktionäre ausblenden: Die Schweiz müsste ihre Vorteile aufgeben und sich der EU angleichen. Die Schweiz würde sich weitgehend der Rechtsetzung der EU ausliefern, wobei völlig unsicher ist, was in Zukunft noch alles zu übernehmen sein wird. Die Schweiz müsste auch die Regulierungsflut der EU übernehmen und anwenden. Dabei klagen gerade Unternehmen in der EU über die masslose und kostspielige EU-Bürokratie, welche die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas massiv beeinträchtigt.

> ***«Zentrale Bereiche der schweizerischen Politik werden in Zukunft von der EU bestimmt.»***

Weitere gravierende Konsequenzen dieses Vertrags

Neues Beihilfeüberwachungsregime: Die EU-Beihilferichtlinien sollen im Bereich Strom, Landverkehr und Luftverkehr für Bund, Kantone und Gemeinden zwingend werden. Damit würde unser Föderalismus sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie völlig untergraben.

Souveränitätsverlust auf Strasse und auf Schiene: Schrittweise Marktöffnung gefährdet SBB, Pünktlichkeit und Taktfahrplan. Auf der Strasse drohen Giga-Liner und EU-Mautprinzipien.

Landwirtschaft und Lebensmittelregulierung in EU-Hand: Beim Abkommen zur sog. «Lebensmittelsicherheit» handelt es sich um ein weitreichendes Regulierungsinstrument der EU. Dahinter steht die EU-Strategie «Vom Hof auf den Tisch» (Farm to Fork), welche Massnahmen entlang der gesamten Lebensmittelkette erfasst: Von der Produktion, Verarbeitung, Vertrieb bis zum Verbrauch. Damit ist auch die Schweizer Landwirtschaft direkt und massiv betroffen.

Zehntausende EU-Studenten zum Billigtarif an Schweizer Unis: Die per 2025 eingeführte Verdreifachung der Studiengebühren für ausländische Studierende müsste rückgängig gemacht werden. Die Zeche bezahlen Schweizer Studierende und die Kantone.

Höhere Steuern und Abgaben: Neu verlangt die EU vom Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz einen «regelmässigen finanziellen Beitrag». Mit allen anderen Verpflichtungen kommt der Bundesrat in seiner Vernehmlassungsvorlage auf jährlich 1,4 Milliarden Franken. In unserer Analyse kommen wir auf zwei Milliarden Franken – ohne die indirekten Kosten aufgrund der Übernahme der EU-Bürokratieflut.

Stromabkommen führt zu Unsicherheit und höheren Preisen: Mit dem Stromabkommen gibt die Schweiz ihre energiepolitische Eigenständigkeit auf und gefährdet ihre Versorgungssicherheit. Nach einer Frist von sechs Jahren kann die EU auf unsere Reserven zugreifen. Die Schweiz muss Strom nach Vorgabe der EU produzieren.

Das Fazit der SVP ist deutlich

Dieser Vertrag ist in jeder Hinsicht zum Nachteil der Schweiz und der Schweizer Bevölkerung. Es handelt sich um einen EU-Unterwerfungsvertrag. Deshalb gibt es nur eine Antwort zu diesem Vertragsmonster: Ein entschiedenes NEIN!

Thomas Aeschi,
Nationalrat und Fraktionspräsident SVP,
Baar (ZG)

SONNTAGSREDEN ZUM FÖDERALISMUS

Föderalismuskonferenz stärkt Kantone leider nicht

Der klassische schweizerische Föderalismus ist ziemlich dem Untergang geweiht. So haben die Kantonsvertreter in der Mehrheit kein Interesse an einem Ständemehr bei einem Referendum gegen den EU-Unterwerfungsvertrag. Und so werden halt immer Sonntagsreden geschwungen wie bei der Föderalismuskonferenz in Zug.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Es sollte eine grosse Debatte zur Zukunft des Föderalismus werden. Der Kanton Zug war der diesjährige Gastgeber der Föderalismuskonferenz. Sie stand unter dem Motto «Zentralisierungsdruck – Welche Zukunft hat der Föderalismus?». Man will den Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft fördern. Der erste Konferenztag widmete sich dem Schweizer Föderalismus und beleuchtete das Zusammenspiel von Bund, Kantonen und Gemeinden aus unterschiedlichen Perspektiven. Am zweiten Konferenztag rückte die internationale Dimension des Föderalismus in den Mittelpunkt.

Kämpfer gegen das Ständemehr

Ein eigentliches Inputreferat hielt Bundesrat Beat Jans, sicher nicht ein prägender Föderalismusexperte, auch wenn er ehemaliger Regierungsrat ist. Jans hatte bekanntlich auf dem Verordnungswege und ohne Kontaktierung der Kantone verhindert, dass bei gesuchten Tätern die Frage nach der Hautfarbe noch gestellt werden kann. Jans ist einer der feurigsten Kämpfer, wenn es darum geht, das Ständemehr beim EU-Unterwerfungsvertrag zu verhindern.

Bundesrat Jans rief den 280 Teilnehmern zu: «Föderalismus hat Zukunft! Wenn wir es schaffen, uns auf den Kern unseres Föderalismus zu besinnen und aus der Not wieder eine Tugend zu machen: Unser Föderalismus ist kein Zustand, sondern ein Arbeitsmodus. Unsere Aufgabenteilung ist nie fix, sondern wandelt sich ständig. Und diese Dynamik wird noch zunehmen. Damit zu hadern, lähmt uns nur. Unser Föderalismus ist ein Mindset. Es braucht Flexibilität und Offenheit. Wir müssen zusammenarbeiten und andere – auch andere föderale Ebenen – involvieren. Föderalismus muss man leben.»

Fazit: Ein Zentralist hält eine Föderalismusrede und nimmt dabei die Filetstücke für sich in Anspruch. Von Verzicht, Achtung der föderalen Rollen ist nirgends die Rede. Dafür vom Klimawandel, vom Asylwesen usw. Das müsse international verhandelt und lokal gewonnen werden. Wahrscheinlich ist es gerade umgekehrt: Wir müssen die Probleme in den Kantonen verhandeln und dann international unsere Lösungen präsentieren.

Zentralist und EU-Fanatiker

Völlig daneben benahm sich der Magistrat in Sachen EU: «Wenn wir unseren Nachbarländern jetzt mit einer Absage an das EU-Paket signalisieren, dass wir nicht an einer Fortführung der Zusammenarbeit interessiert sind, müssen wir uns nicht wundern, wenn sie die Schweiz links liegen lassen.» Es würde unsere Aussichten in fast allen politischen Bereichen verschlechtern – weit über den Binnenmarkt hinaus, meinte Jans.

Und: «Mit dem EU-Vertragspaket hingegen gewinnen wir Handlungsfähigkeit und entscheiden weiter frei.» Das ist nachweislich in vielerlei Hinsicht falsch. Kantons- und Bundesvertreter wissen gar nicht mehr so genau, was Föderalismus eigentlich heisst. Sie nutzen das Wort zu ihren Gunsten, indem sie es selbst neu erfinden und definieren.

Kantons- und Bundesvertreter wissen gar nicht mehr so genau, was Föderalismus eigentlich heisst. Bild: Nationale Föderalismuskonferenz 2025

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Links-grüne Geschäfte im Fokus

Der Zürcher Kantonsrat hat an seiner Sitzung vom 17. November 2025 zunächst die Härtefallklausel beim Eigenmietwert wieder eingeführt, damit Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen ihre (selbstbewohnten) Liegenschaften nicht wegen höherer Steuern verkaufen müssen.

Andreas Keiser
Kantonsrat SVP
Glattfelden

Nach diesem erfreulichen Start war die Ratssitzung jedoch wahlweise geprägt von ideologischen, sozialistischen, interventionistischen oder ausländerrechtlichen – also links-grünen – Geschäften.

Zum Staatsstrassennetz gehören auch überteuerte Fussgänger- und Veloinfrastrukturen

Der Kantonsrat durfte vorerst den Bericht des Regierungsrates zum Bauprogramm der Staatsstrassen 2026–2028 zur Kenntnis nehmen. Aufgrund des hohen kantonalen Investitionsniveaus musste der Regierungsrat leider eine Priorisierung der Investitionen vornehmen. Dazu muss man wissen, dass Gelder aus dem Strassenfonds im Kanton Zürich auch für Fussgänger- und Veloinfrastrukturen verwendet werden, zum Beispiel sage und schreibe 105 Millionen Franken im Rahmen des Bahnausbaus «Zürich–Winterthur» oder 100 Millionen Franken bei der Glattalbahn-Verlängerung zwischen Kloten und Bassersdorf.

Klare Abfuhr an linken Wohnsozialismus

In der Schlussabstimmung hat der Kantonsrat zwei linke Volksinitiativen abgelehnt und die mehrheitsfähigen Gegenvorschläge unterstützt.

Die «Wohnungsinitiative» verlangt, dass Kanton und Gemeinden mittels einer vom Kanton mit mindestens 500 Millionen Franken ausgestatteten, kantonalen öffentlich-rechtlichen Anstalt für ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und natürlich auch ökologisches Wohnungsangebot sorgen. Der Gegenvorschlag des Kantonsrats setzt demgegenüber auf weniger Regulierung und schnellere Verfahren, um den Wohnungsbau insgesamt anzukurbeln.

Die «Wohnschutz-Initiative» möchte Leerkündigungen stoppen und Gemeinden zu diesem Zweck erlauben, Abbrüche, Umbauten und Renovationen einer Bewilligungspflicht zu unterstellen. Bei Leerkündigungen handelt es sich allerdings nicht um ein Massenphänomen, der Kantonsrat möchte deshalb Leerkündigungen mit einem Gegenvorschlag gesetzlich regulieren.

CO_2-freie Personenschifffahrt als neuer Tourismusmagnet?

Bei der Debatte zum Postulat der Grünen, die Personenschifffahrt auf CO_2-freien Antrieb umzurüsten, meinte ein GLP-Vertreter, dass die Zürcher Schifffahrt eine sichtbare Visitenkarte des Kantons sei und wenn Touristen künftig auf emissionsfreien Schiffen unterwegs wären, wäre das nicht nur Klimaschutz, sondern eben auch kluges Standortmarketing.

Wir können uns also freuen, wenn bald mehr Touristen mit dem Flugzeug einfliegen, um eine ruhige Schifffahrt mit unseren emissionsfreien Schiffen geniessen zu können – Ziel erreicht (Ironie off).

Verbesserung der Rechtsstellung von Care-Migrantinnen

Trotz einer vollständig anwesenden SVP/EDU-Fraktion beschloss der Kantonsrat mit 87 zu 85 Stimmen knapp, diese Motion von GLP und SP nicht als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat muss nun zusätzliche Massnahmen prüfen und umsetzen, die dem Schutz vor physischer und psychischer Ausbeutung von sogenannten Care-Migrantinnen dienen, die aus wirtschaftlich ärmeren Ländern in die Schweiz kommen und hauswirtschaftliche sowie betreuerische Tätigkeiten übernehmen.

Die linken Wohninitiativen kosten viel Geld und bringen umso mehr Bürokratie ohne konkreten Nutzen. Einzig mit einer massiven Begrenzung der Zuwanderung können wir die Wohnungsnot bekämpfen. Bild: SVP Kanton Zürich

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2026–2028 unter Druck

Walter Honegger
Kantonsrat SVP
Wald

Alle Jahre legt der Regierungsrat dem Kantonsrat das Bauprogramm für die Staatsstrassen für die nächsten drei Jahre vor. In diesem jährlich rund 150 Millionen Franken schweren Paket sind nicht nur Neubauten und Sanierungen der kantonalen Strassen enthalten, sondern auch Beiträge an die Veloinfrastruktur (ca. 20 Millionen Franken) sowie die Kosten für Fussgängeranlagen, Uferwege, Verkehrsmanagement, Werkhöfe und den Lärmschutz (rund 25 Millionen Franken).

Diese Ausgaben werden über den Strassenfonds finanziert und sind nun unter Druck geraten, da eine Initiative vom Kantonsrat angenommen wurde, welche gegen unseren Willen verlangte, dass neu die Gemeinden selber noch 70 Millionen Franken aus dem Strassenfonds erhalten. Im letzten Jahr wurde dies nun das erste Mal wirksam und so verschuldete sich der Fonds seit Langem wieder zusätzlich.

Für die kommenden Jahre wird erwartet, dass die Einlagen in den Strassenfonds geringer als der Anstieg an vorfinanzierten Bauten ausfallen werden, weshalb die Verschuldung des Strassenfonds weiter ansteigen wird.

Der Regierungsrat sieht die Entwicklung des Strassenfonds kritisch. Die Zunahme der Verschuldung schmälert insgesamt die Investitionsfähigkeit des Kantons. Aus diesem Grund hat er eine Priorisierung der Projekte vorgenommen und so sind u.a. die nachstehenden Projekte aus dem 3-Jahres-Investitionsprogramm weggefallen:

- *Umfahrung Eglisau*
- *Umfahrung Grüningen*
- *Strassenverlegung Neeracherried*
- *Bülach, Winkel, A51*
- *Schlieren, Velobahn Limmattal*
- *Horgen, Ausbau Zugerstrasse*
- *Maur, Fällanden-, Zürich-, Relikerstrasse, Ortsdurchfahrt*
- *Fällanden, Radweg-Lückenschliessung*
- *Uster, Velobahn Abschnitt Uster Ost*

Wann diese Projekte wieder in die Finanzplanung aufgenommen werden, ist noch nicht klar; dies bestimmt der Regierungsrat.

Im Weiteren hat der Regierungsrat Projekte sogar ganz gestoppt respektive sistiert.

Ob diese je wieder weiterverfolgt werden, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

Gestoppte/sistierte Projekte:

- *Wädenswil, Seeuferweg*
- *Aesch, Radwegschwachstelle*
- *Wiesendangen/Hagenbuch, Radweg-Lückenschliessung*
- *Wetzikon/Hinwil, Radweg-Lückenschliessung Ettenhausen–Hinwil*

Man kann nun gespannt sein, was für Sanierungsvorschläge der Regierungsrat in Zukunft vorlegen wird, damit der Fonds wieder gesunden kann und damit die wirklich notwendigen Projekte realisiert werden können.

Bis dahin werden wir mit solchen Priorisierungen leben müssen und wer weiss, vielleicht werden die Projekte in Zukunft auch etwas abgespeckter daherkommen – dies entspräche im Mindesten unserem Gusto, oder?

Das Votum im Kantonsrat als Video:

Finanzierung des Strassenfonds:
Die Einnahmen des Fonds stammen zu 70 Prozent aus der kantonalen Verkehrsabgabe. Neben der Motorfahrzeugsteuer fliessen zudem Erträge aus der Mineralölsteuer und der Schwerverkehrsabgabe des Bundes in den Strassenfonds.

Investitionen in die Strasseninfrastruktur werden durch die allgemeine Staatskasse vorfinanziert und durch den Strassenfonds verzinst und über eine Laufzeit von 40 Jahren amortisiert. Der Strassenfonds wird als Fonds im Eigenkapital geführt. Sein Saldo fliesst erfolgswirksam in die Staatsrechnung ein. Ein Ertragsüberschuss führt daher zu einer Entlastung des Saldos der Erfolgsrechnung, ein Aufwandüberschuss umgekehrt zu einer Belastung des Saldos.

WORTE DER PRÄSIDENTIN DER JUNGEN SVP KANTON ZÜRICH

Junge Politik, die wirkt: Gegenvorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative wird per 1. Januar 2026 umgesetzt

Die Junge SVP Kanton Zürich zeigt: Junge Politik kann mehr sein als Forderungen und Parolen – sie kann echte Veränderungen bewirken. Unsere Anti-Chaoten-Initiative, die wir als Jungpartei lanciert und mit grossem Engagement vorangetrieben haben, ist dafür ein eindrücklicher Beweis.

Wir lancierten die Volksinitiative aus klarem Grund: Der Kanton Zürich hatte in den vergangenen Jahren immer wieder mit gewalttätigen Ausschreitungen, massiven Sachbeschädigungen und blockierten Strassen zu kämpfen. Aktionen, die viel kosten – finanziell und gesellschaftlich. Wir Jungen fanden es unfair, dass die Allgemeinheit für Chaos bezahlt, das Einzelne – meistens linke Chaoten – bewusst verursachen. Also haben wir gehandelt: Über 7000 Unterschriften haben wir gesammelt, bei jedem Wind und Wetter.

Die Initiative kam 2024 schliesslich an die Urne – und der Kanton Zürich setzte ein deutliches Zeichen. Der Gegenvorschlag, der unsere zentralen Anliegen aufnahm, erhielt ein klares Volksmehr. Damit wurde bestätigt: Die Bevölkerung steht hinter dem Grundsatz, dass Chaoten Verantwortung übernehmen müssen – und nicht mehr der Steuerzahler.

Absage an linke Antidemokraten

Nun folgt der nächste Schritt: Per 1. Januar 2026 tritt die gesetzliche Umsetzung des Gegenvorschlags in Kraft. Der Regierungsrat hat die entsprechende Anpassung des Polizeigesetzes sowie die neue Gebührenverordnung verabschiedet. Ab dem kommenden Jahr kann die Polizei die Kosten ausserordentlicher Einsätze konsequent denjenigen anlasten, die sie verursacht haben – sei es durch Vandalismus, illegale Blockaden oder Ausschreitungen. Das ist nicht nur verursachergerecht, sondern auch ein zweifelloses Bekenntnis zum Rechtsstaat und eine Absage an linke Antidemokraten, die gerne alles kurz und klein schlagen.

Damit wird rechtlich verankert, was wir politisch gefordert haben: Wer Chaos stiftet, soll die Rechnung dafür zahlen.

Junge Politik hat Kraft

Für uns als Junge SVP ist dies mehr als ein politischer Erfolg: Es zeigt, dass unsere Generation nicht nur zuschauen muss. Wir können Themen setzen, Debatten prägen und am Ende auch konkrete Verbesserungen für die Bevölkerung erzielen. Die Anti-Chaoten-Initiative war ein Projekt der Jungen – und sie wird Veränderung im ganzen Kanton bringen.

Unsere Politik wirkt. Und sie wirkt über dieses Thema hinaus: Sie zeigt, dass junge Menschen Verantwortung übernehmen können und auch wollen. Sie zeigt, dass wir bereit sind, anzupacken, wenn es um Sicherheit, Ordnung und um unsere Werte geht. Und dass wir kämpfen, bis Resultate sichtbar werden.

Die Inkraftsetzung am 1. Januar 2026 ist ein Signal: Junge Politik hat Kraft – wenn man sie macht. Herzlichen Dank für deine Unterstützung.

von Naemi Dimmeler

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN

Regierungsrat legt Gesetzesentwurf zur Förderklassen-Initiative vor
Nun braucht es eine konsequente Umsetzung

SVP begrüsst das Nein der vorberatenden Kommission zur Flughafen-Nachtruhe-Initiative

Regierungsrat Martin Neukom bekommt kalte Füsse

WAHLKAMPFAUFTAKT DER SVP STADT ZÜRICH

«Mir holed eus euses Züri zrugg» – SVP Stadt Zürich startet selbstbewusst in den Wahlkampf

Unter dem Leitmotiv «Mir holed eus euses Züri zrugg – für Freiheit, Sicherheit und gsunde Mänscheverstand!» eröffnete die SVP Stadt Zürich ihren Wahlkampf für das Wahljahr 2026 in der Autocity von Emil Frey Zürich Nord, die dank grosszügiger Unterstützung von Walter Frey und dem erstklassigen Gastgeber von Autocity Christof Reutlinger zum perfekten Rahmen für einen Wahlkampfstart wurde. Der Auftakt weckte Zuversicht, setzte Energie frei und entzündete den Funken des politischen Aufbruchs in der ganzen Stadtpartei.

Bereits um 17.30 Uhr starteten interessierte Gäste mit einer Führung durch die eindrucksvolle Autocity. Punkt 18.30 Uhr eröffnete Markus Weidmann, Vizepräsident der Geschäftsleitung der SVP Stadt Zürich, den offiziellen Teil des Abends – begleitet vom optimistischen Beatles-Klassiker «Here Comes the Sun». In seiner Begrüssung setzte er früh den Ton des Abends: Zürich brauche wieder mehr Licht, Klarheit und Vernunft – genau das, wofür das Motto «Mir holed eus euses Züri zrugg» steht.

«Mir bringed wieder d'Sunne i euses Züri»

In seiner Eröffnungsrede zeichnete Weidmann das Bild einer Stadt, die in Ideologie und Bürokratie feststecke. «Züri hät en lange, chalte Winter hinder sich», sagte er. «Aber d'Sunne chunnt zrugg – und mir sind die, wo sie zrugg bringed.» Er betonte Freiheit, Sicherheit und den gesunden Menschenverstand als zentrale Pfeiler einer Stadtpolitik, die wieder den Menschen diene. Seine Botschaft an die Kandidatinnen und Kandidaten war klar: Politik sei kein Wellnessprogramm, sondern ein Einsatz für die Gemeinschaft – mit Herz, Disziplin und Durchhaltewillen.

Starke Stimmen an der Spitze

Susanne Brunner, Co-Präsidentin der SVP Stadt Zürich, setzt im Wahlkampf auf ein klares, alltagsnahes Anliegen: die neue Volksinitiative «Ja zur Wiedereinführung der Entsorgungscoupons». Diese Initiative reagiert direkt auf die umstrittenen Änderungen der städtischen Abfallverordnung, welche seit April 2025 die vier jährlichen Entsorgungscoupons pro Haushalt abgeschafft haben. Susanne Brunner steht damit für eine Stadtpolitik, die sich am realen Leben orientiert und wieder für die Bevölkerung arbeitet – nicht gegen sie.

Anschliessend trat Ueli Bamert, Co-Präsident der Stadtpartei sowie Kandidat für Stadtrat und Stadtpräsidium, vor das Publikum. Mit einer pointierten und humorvollen Vorstellung seiner Person – von Solothurn über Studium, Verbandsarbeit bis zum politischen Engagement – zeigte er sich als vielseitige, erfahrene und verankerte Führungspersönlichkeit. Er legt den Finger auf die wunden Punkte dieser Stadt: eine Zuwanderung, die jedes Mass sprengt und Zürich die Lebensqualität raubt, eine rot-grüne Verkehrspolitik, die Autofahrer systematisch bekämpft, sowie eine Sicherheitslage, die ohne mehr Polizei nicht zu stabilisieren ist. Bamert setzt auch auf Politik «für eusi Lüüt»: weniger ideologische Experimente, mehr Ordnung, mehr Sicherheit und eine Rückkehr zu finanzieller Vernunft.

Die Kandidatinnen und Kandidaten – Zürichs bürgerliche Stimme

Im Anschluss präsentierte Markus Weidmann die Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten aus allen zwölf Kreisen. Mit kurzen, pointierten Schlagzeilen – von «Glamour und Stimmung» im Kreis 1+2 bis zur «Perle vo Züri» im Kreis 12 – zeigte die SVP die ganze Breite ihrer städtischen Basis. Deutlich wurde: Die Partei setzt auf Menschen, die in ihren Quartieren verwurzelt sind, pragmatisch denken und Zürich wieder auf Kurs bringen wollen.

Besonders viel Aufmerksamkeit erhielten die Interviews mit den jungen Kandidierenden Carla De-Vizzi (Kreis 7+8) und Sandro Subotic (Kreis 9). Beide repräsentieren eine engagierte neue Generation von SVP-Politikern, die Sicherheit und Freiheit konsequent ins Zentrum ihres politischen Handelns stellen. Ob es um den Schutz junger Menschen, den Einsatz moderner Social-Media-Strategien oder ihre Vorstellungen von einem zukunftsfähigen Zürich ging: Sie überzeugten in allen Bereichen mit klaren Positionen, erkennbarer Haltung und spürbarem Tatendrang.

Marcel Dettling setzt den nationalen Akzent

Sogar der Parteipräsident der SVP Schweiz, Marcel Dettling, war an diesem Abend persönlich vor Ort – eine grosse Ehre für die Stadtpartei und ein starkes Zeichen der Unterstützung. In einer präzisen und pointierten Rede spannte er den Bogen von den Herausforderungen in der Stadt Zürich zur nationalen Lage und machte deutlich, dass eine selbstbewusste, starke Schweiz starke Gemeinden und Städte braucht. Dettling erinnerte daran, dass politischer Erfolg immer vor Ort beginnt, bei den Menschen und ihren konkreten Anliegen. Seine engagierten Worte fanden grossen Anklang im Saal und wurden mit anhaltendem Applaus gewürdigt.

Ein Abend voller Energie und ein Startschuss mit Signalwirkung

Um 20.00 Uhr endete der offizielle Teil des Wahlauftakts – doch keineswegs der Abend. Beim Apéro und dem anschliessenden musikalischen Ausklang mit DJ Ueli Bamert wurde noch lange diskutiert, gelacht und politisiert.

Der Auftakt der SVP Stadt Zürich zeigte deutlich: Die Partei ist motiviert, breit abgestützt und bereit, um die politische Richtung in der Limmatstadt neu und klar bürgerlich zu prägen. Mit einer starken Mischung aus Erfahrung, jugendlicher Energie und klaren Werten geht sie in diesen Wahlkampf – entschlossen, «euses Züri» tatsächlich wieder zurückzuholen.

Markus Weidmann,
Vizepräsident SVP Stadt Zürich

Drei Eidgenossen (v.l.n.r.): GR Reto Brüesch, NR und Präsident SVP Schweiz Marcel Dettling und GR Derek Richter mit der Hellebarde – ein klares Zeichen für die Entschlossenheit im Wahlkampf. Bild: zVg

Interview mit Carla De-Vizzi: engagiert, klar und voller Impulse für die Zukunft der Partei. Bild: zVg

Vorstellung der Kandidaten aus dem Kreis 11 – mit der traditionellen Hellebarde als Zeichen für Stärke und Entschlossenheit. Bild: zVg

Marcel Dettling verlieh dem Wahlauftakt mit seiner ruhigen, souveränen und überzeugenden Art zusätzliche Schlagkraft. Bild: zVg

Markus Weidmann eröffnet den Abend mit der Vision, das «SVP-Sünneli» wieder über Zürich erstrahlen zu lassen. Bild: zVg

Ueli Bamert kämpft «für eusi Lüüt» und erläutert seine Pläne für ein besseres Zürich. Bild: zVg

Nachruf

Die SVP Bezirk Winterthur-Land trauert um ihren langjährigen Gefährten und Freund Ernst Knellwolf-Beck.

Ernst Knellwolf-Beck zeigte grosses politisches Engagement. Er war viele Jahre Mitglied des Gemeinderates von Elgg, bis 2006 gar als Präsident. Mit Unterbruch war er von 1999 bis 2006 im Kantonsrat vertreten. Zudem amtete er auch als Pacht- und Mietrichter an diversen Bezirksgerichten des Kantons Zürich.

Am 29. Oktober 2025 ist Ernst Knellwolf-Beck im Alter von 79 Jahren verstorben. Unsere Gedanken und Gebete sind bei seinen Liebsten. Der Vorstand der SVP Bezirk Winterthur-Land zeigt sich tief betroffen angesichts des Todes seines Parteifreundes und wünscht seiner Familie viel Kraft in dieser schweren Zeit.

Rahel Fritschi,
Präsidentin SVP
Bezirk Winterthur-Land

Überparteiliches Bürgerkomitee

«Christian Hartmann in den Stadtrat»

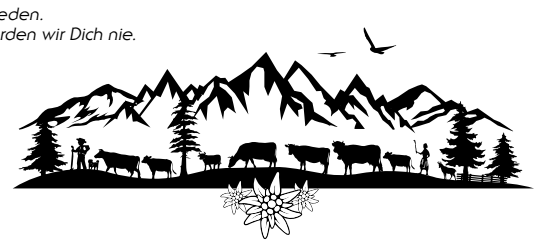
Treten Sie ebenfalls dem überparteilichen Komitee bei:

Hartmann-Stadtrat-2026.ch/Komitee

Norbert Albl, alt Gemeinderat und Unternehmer; **Philipp Angele,** Stadtparlamentarier und Immobilienexperte; **Thomas Anwander,** Kantonsrat sowie Präsident Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur; **Matthias Baumberger,** Präsident HEV Region Winterthur und alt Gemeinderat; **Xaver Baumberger,** Rechtsanwalt; **Bruno Bischof,** Dipl. Bauleiter und Brandschutzexperte; **Markus Böni,** Architekt und alt Stadtparlamentarier; **Ruth Büchi-Vögeli,** Kantonsrätin und Gemeindepräsidentin; **Marco Calzimiglia,** Parteisekretär SVP Kanton Zürich; **Christian Della Sega,** Geschäftsführer und Unternehmer; **Markus Demuth,** Flüssiggas-Kontrolleur; **Jan Ehrbar,** Stadtparlamentarier; **Marcello Fontana,** pensioniert und Mitglied einer Geschäftsleitung; **Simon Füchslin,** Leiter Finanzen, Vorstandsmitglied SVP Sektion Altstadt; **Stefan Fritschi,** Dipl. Ing. ETH, Stadtrat und Kandidat Stadtpräsidium; **Rahel Fritschi,** Unternehmerin und Finanzfachfrau, Vorstand SVP Bezirk Winterthur; **Andreas Geering,** Stadtparlamentarier Die Mitte und Kandidat Stadtrat; **Gabriella Gisler, lic. iur.,** Stadtparlamentarierin; **Ernst Graf,** Landwirt; **Marco Graf,** Stadtparlamentarier und Präsident SVP Winterthur; **Michael Gross,** Stadtparlamentarier; **Stefan Gubler,** Stadtparlamentarier; **Marta Hartmann,** pensioniert; **Martin Hasenfratz,** Rentner; **Felix Helg,** Dr. iur., Stadtparlamentarier FDP; **Walter Hediger; Hansruedi Hofer,** alt Gemeinderat Winterthur; **Romana Heuberger,** KMU-Unternehmerin, Stadtparlamentarierin und Kandidatin Stadtrat; **Daniel Hoehn,** Unternehmer; **Bert Hofmänner,** Vizepräsident KMU-Verband Winterthur und Umgebung; **Adrian Honegger,** Geschäftsführer; **Martin Hübscher,** Nationalrat und Agronom; **Walter Isler,** Rentner und alt Stadtparlamentarier; **René Isler,** Kantonsrat; **Marianne Jud,** Rentnerin; **Markus Kalt,** Rentner, alt Gemeinderat; **Dieter Kläy,** stv. Direktor Schweizerischer Gewerbeverband und Kantonsrat FDP; **Claudio Kuhn,** Präsident Sektion Altstadt; **Michael Künzle,** Stadtpräsident Winterthur; **Karin Künzle,** Familienmanagerin; **Iris Kuster,** lic.oec. HSG, Stadtparlamentarierin; **Domenik Ledergerber,** Landwirt und Geschäftsführer, Kantonsrat und Präsident SVP Kanton Zürich; **Alexander Lier,** Informatiker; **Susanna Lisibach,** Kantonsrätin; **Josef Lisibach,** alt Stadtrat Winterthur; **Hans Christian Lüscher; Stefan Märki,** Landwirt; **Cristina Mancuso Cabello,** Praxismanagerin Kinderarztpraxis, FDP; **Andy Mätzler,** Inhaber TIFOMA AG; **Patrick Meier,** Stadtammann, SVP; **Walter Müller,** alt Kantonsrat; **Bruno Nauer,** Buchautor und Gebäudereiniger SBB-Bahnhof Winterthur; **Martin Nussbaumer,** Landwirt; **Daniel Oswald,** Dipl. Ing. FH; **Romeo Parison,** Leiter Vorort-Kontrollen FINMA; **Andreas Perret,** Gastronom; **Marc Peter,** Landwirt; **Ralph Peterli,** Unternehmer und Geschäftsführer HAW; **Philippe Pfiffner,** Geschäftsführer und Kommunikationsberater; **Felix Ramsauer; Marco Rimini,** Unternehmer; **Dani Romay,** Unternehmer; **Roger Salzmann,** Immobilienbewirtschafter; **Walter Scherer,** Kant. Arbeitsinspektor i. R.; **Therese Schläpfer,** Nationalrätin; **Ralph Schlup; Rolf André Siegenthaler,** alt Kantonsrat SVP; **Karl Spühler,** alt Bundesrichter; **Alexandra Stadelmann,** Präsidentin Die Mitte Stadt Winterthur; **Jürg Stahl,** dipl. Drogist HF und alt Nationalratspräsident; **Ursula Staufer,** Vorstandsmitglied Sektion Altstadt; **Markus Streuli,** ZFV Mitarbeiter; **René Szummer,** Buchhalter; **Marcel Trieb,** Projektleiter; **Peter Uhlmann,** Unternehmer, SVP; **Mauro Vignali,** Geschäftsleiter; **Kaspar Vogel,** Stadtparlamentarier Die Mitte; **Marc Wäckerlin,** Stadtparlamentarier; **Urs Wegmann,** Kantonsrat; **Tobias Weldmann,** Fraktionspräsident Kantonsrat Zürich; **Hermann Weigold,** alt Kantonsrat; **Markus Wenger,** alt Gemeinderatspräsident, FDP; **Pascal Werner,** alt Stadtparlamentarier Winterthur; **Ruth Werren,** alt Gemeinderätin FDP; **Thomas Wolf,** CEO Nüesch Weine und alt Fraktionspräsident; **Manuel Zanoni,** Vizepräsident SVP Winterthur; **Ralph Zbinden,** Garagist; **André Zuraikat,** Stadtparlamentarier und Präsident der Mitte Bezirk Winterthur und weitere ...

Du hast gelebt für Deine Mitmenschen.
All' Deine Müh' und Arbeit war für sie.
Nun ruh' in Frieden.
Vergessen werden wir Dich nie.

Elgg, 29. Oktober 2025



Unser «gschaffiger» und herzensguter Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager, Onkel, Cousin, Götti und Freund

Ernst Knellwolf-Beck

4. Oktober 1946 – 29. Oktober 2025

ist am 29. Oktober 2025 unerwartet rasch in seinem geliebten Blankenmoos verstorben. Seine Menschlichkeit, sein Humor und sein ausgeprägtes soziales Engagement bis in die letzten Stunden seines Lebens bleiben unvergessen.

In tiefer Trauer:

Denise und Carlos Näf-Knellwolf mit Delia und Lias
Jürg Knellwolf und Nicole Bischof mit Mia, Elina und Andrea
Marcel Knellwolf
Beat Knellwolf
Cornelia Knellwolf und Waldemar Knaus
Adrian Knellwolf und Lara Di Pierro
Geschwister, Anverwandte und Freunde

Anstelle von Blumenspenden gedenke man der Stiftung Wunderlampe PC Konto 87-755227-6, IBAN: CH26 0900 0000 8775 5227 6 mit Vermerk «Ernst Knellwolf».

Traueradresse: Jürg Knellwolf, Blankenmoos 1, 8353 Elgg

SVP BRÜTTEN

Mit Mut und gesundem Menschenverstand ein Amt übernehmen!

Im Pavillon «Säntisblick» von Doris und Bruno Wegmann waren Mitglieder und Sympathisanten der SVP Brütten am 8. November an den langen Tisch eingeladen. Thema: «Milizpolitik: Wir alle können uns einbringen!»

Alt Bundesrat Ueli Maurer motivierte die Anwesenden, sich mit Mut und gesundem Menschenverstand zu engagieren. «Vielleicht zweifelt man zu Beginn noch etwas, aber mit der Zeit und Erfahrung kommt es immer dann gut, wenn man sich mit Leidenschaft und Persönlichkeit einbringt. Es beginnt im Kleineren und dem Verständnis für besorgte Bürgerinnen und Bürger.»

Ueli Maurer berichtete über seine Erfahrungen – zuerst auf Gemeindeebene, später im Kantonsrat, als Parteipräsident und Nationalrat bis hin zum Bundesrat – und konnte diese verständlich und greifbar den faszinierten Gästen weitergeben. Sich nicht aus der Ruhe bringen zu lassen, seinen Weg zu gehen und sich selber nicht in den Mittelpunkt zu stellen waren weitere Ratschläge, um erfolgreich in unserer Gesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten zu können. Ueli Maurer betonte auch die Wichtigkeit der Rollen der Dorfvereine: «Oftmals fragt man die gleichen Menschen an, welche sich schon in einem Vorstand engagieren, und irgendwie muss man versuchen, die zeitliche Belastung zu meistern.» Mit einem Augenzwinkern, aber auch der nötigen Ernsthaftigkeit, rief er dazu auf, sich mutig in ein Amt zu schicken, denn mit einem gewissen Zeitdruck ist die Effizienz oft höher!

Das Soziale ist ein Schlüsselamt

Therese Schläpfer, die am 1. Dezember als Nationalrätin vereidigt wird, berichtete über ihre Erfahrung auf den verschiedensten Stufen der Politik. Familie und Politik unter einen Hut zu bringen, ist nicht eine Erfindung der «Linken»; sie hatte das immer versucht und die wertvolle Erfahrung gemacht, dass die Kombination und Abwechslung von Familie, Beruf und Politik oftmals für alle Beteiligten ein Plus ist.

Sie forderte dazu auf, die Schlüsselämter «Bildung» und «Soziales» nicht den «Linken» zu überlassen, sondern sich mit Engagement in diesen Funktionen weiterzuentwickeln. Therese Schläpfer hatte viele Beispiele als Gemeindepräsidentin, welche sie bildhaft und verständlich platzieren konnte. «Für eusi Lüüt» ist ein treffendes Symbol, wie Dorfpolitik erfolgreich gelingt!

Erfolgreiches Gestalten in der Gemeinde

Zum Schluss berichtete Peter Ball, Vizepräsident des Gemeinderates und Vizepräsident der SVP Brütten, über seine Erfahrung als Gemeinderat. Sein Wunsch, dass gewerbliche und landwirtschaftliche Themen lösungsorientiert und mit gesundem Menschenverstand angegangen werden, kann nur mit Personen erreicht werden, die den Sachverstand und die Bodenhaftung mitbringen. Mit konkreten Beispielen aus der Gemeinde gelang es ihm, die Anwesenden zu überzeugen, dass es sich lohnt, sich auch bei kleineren Vorhaben einzubringen.

Sektionspräsident Jürg Stahl überreichte den drei Persönlichkeiten sowie dem Gastgeber und Vorstandsmitglied Bruno Wegmann symbolisch ein Geschenk mit regionalen Köstlichkeiten. Verbunden mit dem Dank für ihr wertvolles und uneigennütziges Engagement für die Gemeinschaft konnte er die über 60 Anwesenden zum Verweilen im persönlichen Dialog und Imbiss einladen. Für die SVP Brütten ein wichtiger und gelungener Anlass, um Menschen innerhalb der SVP-Familie zu ermuntern, sich mit Mut und Zuversicht verstärkt in die politische Arbeit einzubringen.

Jürg Stahl,
Alt Nationalrat und Präsident SVP Brütten

Der Pavillon «Säntisblick» in Brütten: prallgefüllt und fasziniert von den Botschaften des Alt Bundesrats Ueli Maurer. Bild: zVg

POLITIK ALS REPARATURBETRIEB EIGENER IRRTÜMER

Auslöffeln von Eingebrocktem

Mit grossen Gesten und Worten geben Politiker vor, Probleme zu lösen. Nur handelt es sich meist um Probleme, die man ohne sie nicht hätte.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

So sollen die ehemaligen Militärflugplätze von Buochs, Mollis und St. Stephan wieder in Betrieb genommen werden. Dabei handelt es sich um militärische Anlagen, die seinerzeit durch die gleichen Kreise ausser Dienst genommen wurden. Dieselben Politiker, Professoren und Strategieexperten traten gegen die «Militärflugplätze» an. Wir wollten sie behalten aus Vorsicht. Militärgrinde wurden wir genannt. Und heute sind wir Pioniere!

Genau dasselbe erleben wir mit dem plötzlichen Stopp des Abbruchs von Bunkern aus dem Kalten Krieg. Jetzt sollen Anlagen der Festungsminenwerfer wieder in Betrieb genommen werden. Nur: Warum hat man zuvor viele solcher Festungsanlagen für viel Geld aufgehoben? Jetzt wird die Suppe ausgelöffelt – leider nicht von denselben, die sie eingebrockt haben.

Dasselbe beobachte ich bei der seinerzeit landesweit eingeführten «integrativen Schule». Das war der letzte Modeschrei, denn «Sonderschulen» durfte es nicht mehr geben. Mit dem Ergebnis, dass die eher Lernschwachen in den Regelklassen noch mehr entmutigt statt besser gefördert werden. Jetzt höre ich von der FDP Schweiz, dass sie die «integrative Schule» abschaffen will. Weil die Lehrkräfte überfordert seien und zu viele Kinder eine spezielle Betreuung benötigten. Warum haben dann gerade FDP-Bildungspolitiker damals die «integrative Schule» über den grünen Klee gelobt und die kritische SVP als «ewiggestrig» abgekanzelt?

Die Kernkraftwerke wollten die «Fortschrittler» wegen des Klimas allesamt abstellen. Jetzt merken die Politiker, dass wir ohne Strom aus Kernkraft in eine desaströse Energiemangellage geraten. Sie lösen jene Probleme, die wir ohne sie gar nicht hätten.

SVP HOMBRECHTIKON

Wahlauftakt der SVP Hombrechtikon

Die SVP Hombrechtikon lanciert den Wahlauftakt mit überwältigender Resonanz – vollbesetztes «Chez Gaspi» bestätigt hohes Interesse an der Dorfpolitik.

Der Wahlauftakt der SVP Hombrechtikon vom Samstag, 15. November 2025, im «Chez Gaspi» stiess auf ausserordentlich grosses Interesse. Die Bevölkerung nutzte die Gelegenheit zahlreich, um ihre Anliegen im Hinblick auf die Legislatur 2026–2030 direkt einzubringen. Unter dem Leitmotiv «Was macht eine attraktive Gemeinde aus?» suchte die SVP bewusst den offenen Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern.

Bereits zu Beginn zeigte sich: Die Menschen wollen mitreden. Sie wollen gehört werden und sie erwarten eine verlässliche, konsequente und lösungsorientierte Gemeindepolitik.

Die SVP Hombrechtikon tritt mit einem starken, breit aufgestellten Team für die unterschiedlichen Behörden an. Bild: zVg

Breit abgestütztes Kandidatenteam

Die SVP Hombrechtikon tritt mit einem starken, breit aufgestellten Team von zehn Kandidatinnen und Kandidaten an. Angeführt wird das Ticket von Stephan Gafner, Kandidat für den Gemeinderat und das Gemeindepräsidium, und Christian Walliker, Kandidat für den Gemeinderat. Für die Schulpflege stellen sich Corinne Alder, Beni Meili und Irene Trebucchi zur Wahl. Für die RGPK kandidieren Alex Hauenstein, erneut als Präsident, sowie Urs Mumprecht. Für die Sozialbehörde treten Urs Ruoss und Aaron Gafner an. Reto Günter wird weiterhin in der Werkkommission wirken; die Wahl erfolgt dort durch den Gemeinderat.

Klare Signale, die Bevölkerung erwartet Kurskorrekturen

Als wählerstärkste Partei nimmt die SVP den Auftrag der Bevölkerung ernst. Zuhören, Missstände aufnehmen und den dringend notwendigen politischen Kurswechsel einleiten. Zahlreiche jüngste Vorkommnisse sind den Anwesenden noch bestens präsent und haben das Vertrauen in die aktuelle Führung merklich erschüttert.

So scheiterten die Vorhaben Asylpavillon in Feldbach und Verkleinerung des Gemeinderates bereits vor einem Urnengang. Ebenso sorgten das Verhalten des Gemeinderates im Fall Hueb 3, das von der SVP verhinderte Projekt Windkraftanlagen Obsirain sowie die kostspieligen Ausbaupläne der Schulhäuser zu einem überdimensionierten Schulcampus für breites Unverständnis. Nicht wenige Anwesende bemerkten, man habe stellenweise den Eindruck gewonnen, die Exekutive plane, als stünde ihr das Budget der Stadt Zug zur Verfügung.

Gemeinsame Sprache, gemeinsame Ziele

Rasch wurde deutlich, dass Bevölkerung und Kandidierende in die gleiche Richtung denken. Die Anliegen, teilweise besorgt und berechtigt, fanden offene Ohren. Die SVP sicherte konsequente Sachpolitik, Kostenbewusstsein, Transparenz und Verlässlichkeit zu.

Das offizielle Zeitfenster von zwei Stunden verging wie im Flug. Im Anschluss wurde in kleiner Runde weiterdiskutiert. Stephan Gafner, hoch motivierter Kandidat für das Gemeindepräsidium, stellte klar: Er und das gesamte SVP-Kandidatenteam werden sich mit Nachdruck für eine konstruktive, bürgernahe und finanziell verantwortungsvolle Weiterentwicklung Hombrechtikons einsetzen.

Stephan Gafner,
Präsident SVP Hombrechtikon

SVP

SVP Bonstetten

De Samichlaus chunt

uf'd Burgwies

Am Mittwoch, 26. November 2025
Die Veranstaltung beginnt um 15:00 Uhr

Für Speis und Trank ist wieder reichlich gesorgt. Mit Bratwurst und Cervelat vom Grill und feinem Chlauskaffee lässt sich dieser Anlass geniessen.

Für vorweihnächtliche Stimmung sorgen die Klänge der Drehorgel von Werner Utz.

Um 18.00 Uhr erwarten wir den Samichlaus und den Schmutzli. Sie verteilen allen Kindern einen feinen Lebkuchen und Mandarinen.

Wir freuen uns, Gross und Klein begrüssen zu dürfen.

Vorstand SVP Bonstetten

Wie schlimm ist der EU-Monster-Vertrag?

Der Bundesrat will mit der EU einen Vertrag abschliessen, der 2'200 (!) Seiten umfasst. Niemand weiss, was in diesem Monster-Vertrag steht. Klar ist: Die direkt-demokratische Schweiz würde aufgelöst und wir müssten zig Milliarden nach Brüssel überweisen.

Kantonsrat **Urs Wegmann** | Nationalrat **Gregor Rutz** | Nationalrätin **Barbara Steinemann**

Wichtige Informations-Veranstaltung «EU-Vertrag»
Datum: 27. November 2025
Uhrzeit: Ab 19.30 Uhr
Ort: Gasthof zum Kreuz
Bachserstrasse 7
8162 Steinmaur

Fadegrad

von
Anita Borer

Es weihnachtet…

Advent, Advent, ein Lichtlein brennt.
Aber halt, habe ich mich jetzt verrennt?
Darf ich Advent überhaupt noch sagen,
oder schlägt das den Linken auf den Magen?

Mit Wokeness und Heimatverdruss
reden sie manchmal grossen Stuss.
Unsere Traditionen wollen sie verkaufen
und lieber der EU hinterherlaufen.

Bürokraten und Wortverdreher, Zuwanderungsfreudige und EU-Versteher,
sie haben uns ganz unverhohlen,
unsere Freiheit frech gestohlen.

Wehe, wenn uns die Adventszeit verzückt,
und wehe, wer noch den Weihnachtsbaum schmückt!
Der Räbeliechtliumzug wird zum «Lichtergang»,
alles, damit sich niemand stösst daran.

Der Samichlaus – ein weisser Mann, oh weh,
das Christkind jetzt besser nonbinär?
Aus «Weihnachten» wird «Winterzeit»,
ach, das geht jetzt alles viel zu weit!

Bürokraten setzen uns zudem zu,
lassen Veranstalter nicht in Ruh.
Und trüben mit ihrer Spitzfindigkeit
unsere vorweihnachtliche Heiterkeit.

Weihnachtsmärkte kämpfen schon
längst nicht nur mehr um ihren Lohn.
Auflagen und Gebühren en masse –
so wird die Tradition zur Farce.

Statt Glühwein, Lichter und Geschenken
überwiegen die Sicherheitsbedenken.
So kann es doch nicht weitergehen,
Brauchtum und Tradition vergehen.

Und ja – ein Land, das immer wächst,
steht irgendwann komplett perplex.
Zu schnell, zu viel und kriminell –
wo bleibt da das Heimatgefühl?

Drum sag ich, was ist wert und richtig:
Tradition zu schützen, das ist wichtig.
Bräuche leben nicht vom Kaschieren,
sondern davon, sie nicht zu verlieren.

Wir wollen zurück, was uns verbindet:
Zu Räbeliechtli und strahlenden Kindern,
zu Samichlaus mit Sack und Bart,
der mit markigen Sprüchen nicht spart.

Wir wollen Weihnachten mit Tradition,
wenn wir gedenken Gottes Sohn.
Wir wollen wieder Glockenklingen,
friedliche Märkte und Lieder singen.

Drum kämpft die SVP mit Verstand und Mut
für unsere Tradition und eusi Lüüt.
Damit es wieder nach Weihnachten klingt –
und nicht nach dem, was dem Zeitgeist entspringt.

Ich wünsche allen eine frohe Adventszeit!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Humanitäre Hilfe für Kinder – mit Verantwortung und klaren Regeln

In meinem Antrag zur Ablehnung des Vorschlags, verletzte Kinder aus dem Gazastreifen in die Schweiz aufzunehmen, möchte ich die Beweggründe unserer Haltung darlegen.

Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

In der aktuellen Diskussion über die Aufnahme verletzter Kinder aus dem Gazastreifen möchten wir unsere Position klarstellen. Grundsätzlich begrüssen wir jede Möglichkeit, Kindern, die Opfer von Kriegshandlungen oder Gewalt geworden sind, humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Die medizinische Versorgung von Minderjährigen steht für uns ausser Frage. Jedes Kind, das hier medizinisch behandelt werden muss, ist willkommen.

Die Aufnahme verletzter Kinder aus Konfliktgebieten ist humanitär wichtig – daran bestehen keine Zweifel. Kinder, die Opfer von Krieg oder Gewalt geworden sind, benötigen dringend medizinische Hilfe, und wir wollen sie uneingeschränkt leisten. Kein Kind soll wegen Bürokratie oder politischer Überlegungen abgelehnt werden. Doch humanitäre Hilfe bedeutet Verantwortung, Realismus und klare Regeln – nicht gutgemeinte Naivität.

Herausforderungen und Risiken

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die Kinder selbst, sondern gegen die Rahmenbedingungen der Aufnahme. Minderjährige mit einer ganzen Reihe von Angehörigen einzufliegen, ist problematisch. Erfahrungen zeigen: Viele Familien bleiben langfristig in der Schweiz. Damit entstehen erhebliche Belastungen für Sozialsysteme, öffentliche Mittel und die Verwaltung. Wer dies ignoriert, gefährdet die Tragfähigkeit des Hilfesystems und belastet die Steuerzahlenden erheblich.

Ein weiteres Problem ist die Ungewissheit über die Absichten und Hintergründe der Begleitpersonen. Sie stammen aus Kulturen und Glaubensrichtungen, die sich von unseren unterscheiden. Wir können nicht zuverlässig einschätzen, wie Einzelne sich verhalten oder welche Absichten sie verfolgen. Gerade bei grösseren Gruppen ist es praktisch unmöglich, Risiken für Sicherheit und Zusammenleben auszuschliessen. Wer dies als übertrieben darstellt, unterschätzt die Verantwortung des Staates und die Schutzpflicht gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Besonders problematisch ist, dass in Zürich die Rettungsaktion für die Gazakinder offenbar über die Köpfe des Regierungsrats hinweg geplant wird. Solche eigenmächtigen Entscheidungen untergraben die bestehenden Abläufe, erschweren Kontrolle und Transparenz und erhöhen die Risiken für alle Beteiligten. Wer glaubt, Hilfsaktionen funktionierten ohne abgestimmte Planung und Verantwortung, verkennt die Realität.

Hilfe setzt klare Rahmenbedingungen voraus

Unser Ansatz ist deshalb klar: Die medizinische Versorgung der Kinder wird vollständig gewährleistet, aber die Aufnahme von Angehörigen wird auf das medizinisch unbedingt Notwendige begrenzt. Nur so lassen sich humanitäre Hilfe und Sicherheit der Bevölkerung verbinden. Modelle, die unbegrenzte Aufnahme propagieren, ignorieren die langfristigen Folgen für Gesellschaft und Infrastruktur.

Humanitäre Hilfe muss wirksam, nachhaltig und verantwortungsvoll sein. Sie darf nicht zur Belastung oder zum Risiko für die Gemeinschaft werden. Die Schweiz kann helfen, ohne ihre Stabilität, Infrastruktur und Sicherheit zu gefährden. Kinder, die medizinische Hilfe benötigen, sollen diese erhalten – aber die Rahmenbedingungen müssen klar definiert sein. Wer dies leugnet, verkennt die Realität und die Pflicht des Staates, humanitäre Hilfe realistisch, fair und sicher umzusetzen.

Die Schweiz soll ihrer humanitären Tradition gerecht werden – aber ohne die Sicherheit der eigenen Bevölkerung zu gefährden. Bild: Adobe Stock

AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

Der Ustertag soll uns Vorbild sein – Für eine starke SVP!

Mobilität, Wohnraum, Geld in Form des Jahresbudgets 2026 und viele weitere Themen beschäftigen die SVP Uster. Die Roten sorgen regelmässig für rote Köpfe und ausreichend Arbeit bei uns. In diesem Artikel soll aber die Geschichte des Ustertags, welcher am kommenden Sonntag gefeiert wird, ihren Platz haben.

Benjamin Streit
Gemeinderat SVP
Uster

Im Mittelalter erwarb die Stadt Zürich grosse Teile der ländlichen Gebiete. Als erkaufte Untertanen standen die Landleute unter der Abhängigkeit ihrer Zürcher Herren. Die Landbevölkerung war schlecht bis gar nicht gebildet und stand politisch wie auch wirtschaftlich unter dem Druck der Stadt. Erst mit der Helvetischen Revolution 1798 proklamierte man die Freiheit und Gleichheit, was die rechtliche Gleichstellung von Stadt und Landschaft garantieren sollte. Dies war zwar nur ein kurzes demokratisches Zwischenspiel unter dem Druck der französischen Besatzer, aber für die Landschaft immerhin ein erstes kurzes Ertasten einer demokratischen Gesellschaftsordnung.

Mit der Restauration 1815 witterten die Herrschaften Morgenluft, um ihre verlorene Macht wiederherzustellen. Sie erliessen unter Umgehung des Volkswillens eine neue Verfassung, die sich ganz nach ihren Wünschen und dem der konservativen europäischen Mächte richtete. Die Bürger auf dem Lande hatten das Nachsehen, was nicht weiter verwundern konnte, waren sie doch in den Räten stark untervertreten.

Das ländliche Volk begann sich langsam zu bilden. Meist auf Eigeninitiative wurden gegen neunzig neue Schulhäuser gebaut. Es wurden auch Gemeindevereine gegründet, die ebenso wie die neuen gemeinnützigen Anstalten auf eine immer selbstständigere und selbstbewusster operierende Landbevölkerung hindeuten.

Friedlich den Weg geebnet

Die um Paul Usteri gebildete Opposition, die an den Idealen der Helvetik festhielt, kritisierte die Arbeit des kleinen Rates, die rückständig und unwissenschaftlich sei. Die von Usteri geführte «Neue Zürcher Zeitung» und auch andere Blätter trugen die Kritik an die Öffentlichkeit. Die Verfassung, die keine Revisionsklausel enthielt, und die Regierung wurden immer unpopulärer. Jüngere Kräfte strebten immer mehr nach Geltung. Der Sturz der Aristokratie war nicht mehr aufzuhalten. Die Julirevolution 1830 in Paris wirkte zündend auf die Kräfte der Regeneration in verschiedenen Schweizer Kantonen. Vor allem Dr. Ludwig Snell half, den Umschwung vorzubereiten, indem er etliche Denkschriften verfasste. Mit dem Memorial von Küsnacht wies er dem Liberalismus im Kanton Zürich seinen Weg.

Kurze Zeit später versammelten sich rund hundert Männer in Stäfa und beschlossen, eine Tagung in Uster abzuhalten, dem zentralsten Ort im Kanton Zürich mit einer grossen Kirche. In einer immensen Schnelligkeit ist es ihnen gelungen, das Volk aufzubieten, um die Missstände anzuprangern. Am 22. November 1830 zogen die Massen aus allen Gegenden in Richtung Uster. Die Kirche hatte jedoch nicht genügend Platz für die rund 10 000 Personen. Kurzerhand wurde die Tagung auf den Zimikerhügel verlegt. In einer gemessenen Ansprache eröffnete «der kluge Müller» Heinrich Gujer die Versammlung. Als zweiter Redner trat Dr. Hegetschweiler auf die Bühne. Berauscht und hingerissen von der allgemeinen Begeisterung begann er mit den denkwürdigen Worten Schillers: «Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei und würd er in Ketten geboren, …». Er machte auf die Nachteile der damals geltenden Verfassung aufmerksam und mahnte gleichzeitig zu einer friedlichen Ordnung, damit die Wünsche auch kundgetan werden könnten.

Der dritte Redner, der aus Wädenswil stammende «Helfer Pestalozzis» und «Enthusiast» Steffan, verlas die verschiedenen Punkte, die man dem Rat übergeben wollte. Es wurden Steuererleichterung, Ablösung der Lasten des Grundbesitzes, Herabsetzung des Zinsfusses und dergleichen verlangt. Aufgrund einer offenen Abstimmung wurden die Volkswünsche im Ustermemorial zusammengefasst. Das Volk hatte gesprochen. Am Abend ging man einträchtig und fröhlich nach Hause und keine Ausschreitung hatte den Tag in Uster getrübt. Nachdem am 6. Dezember die neuen Grossräte mit zwei Drittel Landvertretern gewählt worden waren, wurde bereits im März 1831 die neue Verfassung in Kraft gesetzt. Mit dem Ustertag trat der Kanton Zürich in eine neue Ära seiner Geschichte ein.

Gemeindewahlen 2026

Rot-grüne Exekutiv- und Ratsmehrheiten, welche uns im Alltag knechten, kennen auch wir. Geschätzte Leser, Sie sind heute die Bürger, welche damals 1830 in Uster zusammenkamen. Sie haben die Kraft und die Chance, bei den Gemeindewahlen 2026 das Ruder in die Hand der SVP zu legen – nutzen Sie sie. Am kommenden Sonntag, 23. November, findet die Ustertagfeier 2025 statt. Unser Nationalrat Martin Hübscher hält in der reformierten Kirche Uster um 14.00 Uhr die Vorrede. Sie sind herzlich willkommen.

Mit dem Ustertag trat der Kanton Zürich in eine neue Ära seiner Geschichte ein. Bild: Adobe Stock

SVP BEZIRK BÜLACH

Politik, Spannung und Gemeinschaft – Herbstfest der SVP Bezirk Bülach

Jüngst lud die SVP Bezirk Bülach zum traditionellen Herbstfest 2025. Gastgeber war dieses Jahr die Sektion Wallisellen mit der Bewirtung durch das Restaurant zum Doktorhaus.

Sektionspräsident Adrian Bangerter begrüsste alle Gäste und unseren diesjährigen Ehrengast, Nationalrat und Präsident SVP Schweiz Marcel Dettling, nach dem Apéro sehr herzlich. Adrian Bangerter erinnerte in seiner Eröffnungsrede die geladenen Gäste freundlich und eindrücklich daran, dass in der Politik wieder mehr Taten statt nur Worte folgen müssten und dass wir uns für die bevorstehenden kommunalen Wahlen ins Zeug legen sollten, um möglichst viele Sitze zu gewinnen. An dieser Stelle sei gesagt, dass Adrian Bangerter beispielhaft vorangeht und sich für das Amt als Stadtpräsident von Wallisellen zur Verfügung stellt. Mich hat er, nebenbei erwähnt, an diesem Abend überzeugt, dass er für diese Aufgabe mehr als fähig wäre.

Danach erhielt unser Bezirksparteipräsident Christian Pfaller die Gelegenheit, unseren wunderbaren Bezirk ins «rechte» Licht zu rücken. Zahlreiche Mandatsträger waren anwesend, darunter die Bezirksratspräsidentin, Kantonsräte, unsere Mitglieder der Gerichte, Stadt- und Gemeindepräsidenten, Behördenmitglieder und viele Mitglieder aus fast allen Sektionen.

v.l.n.r.: Christian Pfaller, Bezirksparteipräsident und Kantonsrat; Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz und Nationalrat; Adrian Bangerter, Präsident SVP Wallisellen. Bild: zVg

Dettling fesselt das Publikum

Nach der Vorspeise folgte bereits das Highlight des Abends: Marcel Dettling trat an das Mikrofon. Eindrücklich berichtete er von Bundesbern. Insbesondere von den desolaten Absichten der Regierung, die sich Europa fast bedingungslos anschliessen und sich dem Rahmenvertrag einfach unterwerfen will. Dies hätte aber schwerwiegende Folgen für die Schweiz, beispielsweise nur schon im Asyl- und Gesundheitsbereich. Dass dies überhaupt jemand will, ist mit gesundem und demokratischem Menschenverstand kaum fassbar. Marcel Dettling hat die wunderbare Gabe, frei und dossiersicher, spannend und erläuternd zu erzählen. Ihm zuzuhören, ist tatsächlich ein Genuss; einmal abgesehen vom «tragischen» Inhalt, der beim Zuhörer das Risiko birgt, einen noch dickeren Hals zu bekommen. Vielen Dank an Marcel Dettling für seinen unermüdlichen Einsatz im Sinne der SVP in Bundesbern.

Geselliges Rahmenprogramm

Wie immer war der Anlass von gemütlicher Gesellschaft, gutem Essen und musikalischer Unterhaltung geprägt; dieses Mal mit Ursi's Band aus Schwamendingen. Nach dem Essen blieb noch Zeit für herzliche Verabschiedungen und Verdankungen langjähriger Behördenmitglieder, die im kommenden Wahljahr nicht mehr antreten werden. Und natürlich, wie es jedes Jahr Tradition ist, ein gemeinsames Bingo-Spielen mit grossartigen Preisen. Herzlichen Dank an die Sektion Wallisellen für den wunderbaren Abend!

Barbara Grüter,
Kantonsrätin und Präsidentin
SVP Rorbas-Freienstein-Teufen

LESERBRIEF

Frau Steiner und die Förderklassen-Initiative

Nun liegen die Vorschläge der Bildungsdirektorin zur Umsetzung der Förderklassen-Initiative auf dem Tisch. Sie zeigen, dass Frau Steiner nicht gewillt ist, bei der missglückten Totalintegration klar Remedur zu schaffen. Man ist weit eher versucht, Herr Blochers «Wischiwaschi» auch hier anzuwenden. Es werden eine Reihe von Möglichkeiten aufgezeigt, was dann den Kindern künftig alles zur Verfügung stünde: nebst Normalklasse über Auszeit und Lerninsel oder Kleinklasse sowie Förderklasse bis Sonderschule. Nur ist alles schön unverbindlich und es hängt lediglich vom Ermessen der Schulpflegen und deren Grundhaltung zur Integration ab, ob überhaupt wieder eine Förderklasse geführt wird – ganz abgesehen von den ausgeklammerten finanziellen Aspekten.

Immer wieder machen sodann nebst Frau Steiner auch die Initiativgegner den entscheidenden Fehler, dass sie meinen, alle zwangsintegrierten Kinder seien in den Normalklassen glücklich. Es gibt zahlreiche Eltern, die sich für ihr Kind mit Lernschwierigkeiten eben gerade eine kleine Förderklasse wünschen, weil sie sehen, dass die Normalklasse ihrem Kind nicht entspricht und auch eine Lerninsel, Frau Steiners Lieblingskonstrukt, nur Stress und Unruhe bringt. Die Kantonsratsfraktion der SVP tut gut daran, genau hinzusehen und sich nicht über den Tisch ziehen zu lassen.

Hans-Peter Köhli,
Zürich

TAUSEND KLEINE SCHRITTE

Politik gegen das Volk

Einst sagte Henry Ford: «Das Auto ist kein Luxusartikel mehr, sondern ein notwendiges Transportmittel für jedermann. Das Auto hat den Menschen von den Zwängen des Ortes befreit!»

Mit dem Model T erfand der legendäre Visionär die Demokratisierung der Mobilität. Freiheit war kein Privileg der Reichen – jeder konnte selbst bestimmen, wohin er fährt. Heute, über hundert Jahre später, wollen uns notorische Autohasser genau diese Möglichkeit nehmen. Mehrere Abstimmungen, gepaart mit links-grünen Alleingängen, führen Schritt für Schritt zur systematischen Freiheitsberaubung. Abschaffung von Rechten kommt nie über Nacht; das Gift wird dosiert verabreicht, bis man glaubt, der Verzicht sei freiwillig.

Das Auto muss verschwinden

Am 30. November wird über die Mobilitätsinitiative abgestimmt, damit nicht flächendeckend Tempo 30 herrscht und unsere Hauptachsen nicht zur ideologischen Bremsspur verkommen. Tempo 30 ist jedoch nur eine weitere Schraube im globalen Getriebe. Links-Grüne haben mehrere Gegenvorschläge durchgeboxt, die ihnen einen Freipass geben, Parkplätze abzubauen, Autos zu verdrängen und Bürger einzuschränken: Gute-Luft-Gegenvorschlag, Zukunfts-Gegenvorschlag, Uferschutz-Gegenvorschlag und letztens die asoziale Parkkarten-Verordnung.

Kürzlich wurde die «Verkehrswende-Initiative» für gültig erklärt. Bei genauer Betrachtung ist sie der letzte Sargnagel für den motorisierten Verkehr. Der Initiativtext verlangt ein «grossflächig möglichst autofreies» Stadtgebiet und erlaubt nur noch «nicht vermeidbaren» Motorfahrzeugverkehr. Eine extrem nebulöse Formulierung, die Politikern sowie Beamten jede Deutungsmacht gibt. Wer definiert, was vermeidbar ist? Das Tor zur Willkür steht offen. Gewerbe wird zum Bittsteller, Zugang zur Stadt nur noch per Ausnahme und Genehmigung. Für Bürger bedeutet das: Zwang auf ÖV und Fahrrad – selbst dort, wo es völlig untauglich ist. Eine Politik, die Ältere diskriminiert und breite Bevölkerungsschichten ausgrenzt. Als Vorkrönung zum Ganzen wurde das «Weissbuch Zürich» vorgestellt – ein Masterplan der Stadtregierung, bis 2050 jegliche Autos aus der Innenstadt zu verbannen. Als wäre bereits alles entschieden.

Globaler Ideologieangriff

Wichtig zu verstehen: Die Bekämpfung der Mobilität ist nur ein Puzzleteil eines viel umfassenderen globalen Ideologieangriffs. All diese Vorlagen werden von Organisationen initiiert, die seit Jahren ein komplettes Autoverbot anstreben. Mehrere Initianten stehen im Umfeld von Extinction Rebellion, Renovate Switzerland und Klimastreik – Gruppierungen, die offen Systemsturz und ein globales Verzichtsregime in Form von Degrowth fordern.

Wer von Degrowth nie gehört hat, dem sind vielleicht «C40 Cities» und die «2000-Watt-Gesellschaft» ein Begriff: perfekte Beispiele von Theorie und gelebter Praxis. Radikale Einschränkung von Konsum, Mobilität und Lebensgestaltung – verkauft als «Nachhaltigkeit». Klingt wie eine Verschwörungstheorie? In Zürich längst Realität. Das Programm «C40 Cities», gegründet von Michael Bloomberg und unterstützt von der Rockefeller Foundation und dem WEF, fordert u. a.: Verbot privaten Autobesitzes bis 2030; maximal drei Kleidungsstücke pro Jahr; Flugreisen nur alle drei Jahre; 75% weniger Fleisch; «15-Minuten-Städte» mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit.

Was kaum jemand weiss: 2021 schoben SP-Gemeinderäte ein Postulat (GR 2020/22) ein, Zürich solle diesem Netzwerk beitreten. Unter dem Vorwand «internationaler Vernetzung» sollte Zürich an eine globale Agenda mit Konsumbeschränkungen und Mobilitätsverboten angebunden werden. Der Beitritt scheiterte – aber der ideologische Grundstein wurde gelegt. Seither schleusen links-grüne Gemeinderäte Forderungen in die Stadtpolitik, die exakt dem C40-Katalog entsprechen. Eine Politik gegen die eigene Bevölkerung!

Ein weiteres Werkzeug ist die rabiate Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft: ursprünglich ein ETH-Ideologieprojekt, heute Grundlage für Zwangssanierungen, fossile Heizverbote, drastische Abgaben, Verteuerung des Autofahrens und erzwungene Einschränkungen bei Wohnfläche und Konsum – hübsch verpackt als «bessere Lebensqualität».

Fazit: Die gezielte Umerziehung der Gesellschaft hat längst begonnen und Zürich ist das Versuchsfeld. Freiheit stirbt niemals in einem Moment, sondern in tausend kleinen Schritten.

Jane Bailey,
Präsidentin SVP Zürich Kreis 6

SVP ZÜRICH KREIS 10

Alt Bundesrat Ueli Maurer spricht zur Neutralität

Ueli Maurer sprach in der Schützenstube auf dem Hönggerberg zur Neutralität und den EU-Verträgen. Der Anlass wurde von Jane Bailey, Vorstandsmitglied, organisiert.

Die zahlreich erschienenen Gäste lauschten Maurers Ausführungen aufmerksam. Moderiert wurde der Abend von Johann Widmer, Kreisparteipräsident und Gemeinderat.

Ueli Maurer umriss die historische Bedeutung der Neutralität der Schweiz und zeigte auf, wie sich die Schweiz dank der Neutralität erfolgreich aus zwei Weltkriegen herausgehalten hat und bis vor wenigen Jahren als neutraler Boden zur Schlichtung von Konflikten anerkannt war. Leider hat die aktuelle Politik diesen diplomatischen Mehrwert fahrlässig aufgegeben. Heute ist die Schweiz Partei und wird nicht mehr als neutral anerkannt. Daher braucht es die Verankerung der Neutralität in der Verfassung.

Alt Bundesrat Ueli Maurer (3. v.l.) warnte vor dem Verlust der Schweizer Neutralität und Souveränität. Bild: zVg

Zu den EU-Verträgen bezog Maurer sehr deutlich Stellung. Statt uns in Details zu verlieren, sollen wir uns auf den institutionellen Teil der Verträge konzentrieren. Die totale Übernahme europäischen Rechts und die Abschaffung der demokratischen Rechte sind das Hauptproblem, auf das wir uns in den Debatten «einschiessen» müssen.

Die Fragerunde zeigte einmal mehr, wie gut informiert unsere SVP-Mitglieder sind. Es wurden sehr gute Fragen gestellt und die meisten konnten danach beim guten Essen noch intensiv weiter diskutieren. Somit war der Anlass ein grosser Erfolg.

Johann Widmer,
Gemeinderat und
Präsident SVP Zürich Kreis 10

BEWÜSST DEN NACHWUCHS FÖDERN

Auftritt von Roshina Watti mit positiven Auswirkungen

Beim Podium der SVP vom 4. November 2025 in Bonstetten war Roshina Watti unser «Special Guest».

Wie im Bericht in der letzten Ausgabe erwähnt, hat Roshina das Publikum begeistert. Wir haben viele positive Rückmeldungen erhalten. Wir konnten nach dem Anlass zwei neue Mitglieder rekrutieren und acht neue Sympathisanten herzlich willkommen heissen.

An diesem Abend haben wir unser «Jugend-Projekt» mit der JSVP Kanton Zürich vorgestellt. Wir möchten nächstes Jahr versuchen, bei den jungen Leuten das Interesse für unsere Partei zu wecken. Die Kollekte war für diesen Zweck vorgesehen. Wir dürften über 400 Franken entgegennehmen.

«Es ist wichtig, junge Personen für unsere Politik und die Milizarbeit dahinter zu begeistern.»

An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an Roshina, die mit Charme, Überzeugung und ihrem sympathischen Auftritt das Feuer beim Publikum entfacht hat.

Claude Wuillemin,
Präsident SVP Bonstetten

Roshina Watti mit Sektionspräsident Claude Wuillemin. Bild: zVg

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf, Regensberg und Steinmaur
Jeden Dienstag, ab 17.30 Uhr, Gasthof zum Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Mittwoch, 26. November 2025, 15.00 – 20.00 Uhr, Chlaustreffen, Zentrum Burgwies, Bonstetten.

Bezirk Andelfingen/Ossingen
Mittwoch, 21. Januar 2026, 19.30 Uhr, Infoveranstaltung zum Rahmenabkommen mit der EU, Weinhandlung Wiesendanger, Im Berg 3, Ossingen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Dielsdorf/Steinmaur
Donnerstag, 27. November 2025, 19.30 Uhr, Infoanlass zum Rahmenabkommen, Restaurant Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur, mit den Nationalräten Gregor Rutz und Barbara Steinemann sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Hinwil/Rüti
Sonntag, 30. November 2025, 11.00 – 18.00 Uhr, SVP-Stand am Weihnachtsmarkt, Klosterhof, Rüti.

Bezirk Meilen
Samstag, 29. November 2025, 18.00 Uhr, Adventsabend, Haus Wäckerling, Tramstrasse 55, Uetikon am See, mit Nationalrat Pascal Schmid. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svpbezirkmeilen.ch.

Bezirk Meilen/Herrliberg
Freitag, 2. Januar 2026, 14.00 Uhr, Bächtelishöck, Waldhütte, Hüttenweg 30, Herrliberg.

Bezirk Meilen/Zollikon
Montag, 24. November 2025, 20.15 Uhr, Informationsabend zum Vertragspaket Schweiz–EU, Schulhaus Oescher, Aula, Buchholzstrasse 24, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Bezirk Uster/Uster
Dienstag, 9. Dezember 2025, 14.30 – 17.00 Uhr, Nachmittagshöck, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Bezirk Uster/Wangen-Brüttisellen
Montag, 26. Januar 2026, 19.30 Uhr, Infoveranstaltung zum Rahmenabkommen mit der EU, Gsellhof, Schüracherstrasse 10, Brüttisellen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Winterthur/Elgg
Freitag, 5. Dezember 2025, 17.00 – 21.00 Uhr, SVP-Stand am Elgger Chlausmärt, historischer Dorfkern, Elgg.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Sonntag, 4. Januar 2026, 16.00 Uhr, Neujahrsapéro, Zelglitrotte, Seuzacherstrasse 4, Hettlingen.

Freitag, 30. Januar 2026, 18.15 Uhr, SVP-Jassturnier, Mehrzweckhalle, Schulstrasse 24, Hettlingen. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 25. Januar 2026 an rj-buechi@bluewin.ch.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 22. November 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Junge SVP Kanton Zürich/West-City
Freitag, 28. November 2025, 19.00 Uhr, Kegelanlass, Restaurant Schützenruh, Uetlibergstrasse 300, Zürich. Anmeldung bis 23. November 2025 an spillmann@jsvp-zh.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 21. Februar 2026, 09.00 – 16.00 Uhr, Jasscup der SVP Schweiz, Breitisaal, Seebnerstrasse 21, Winkel. Weitere Informationen zur Anmeldung folgen.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

Tempo 30 bremst Feuerwehr und Ambulanz aus!

Es ist für jeden verständlich: Auf Strassen mit Tempo 30 kommen Feuerwehr und Sanität nicht schnell genug ans Ziel. Bei einem Notfall kann aber jede Minute Verspätung fatale Folgen haben! Deshalb setzen sich die kantonalen Blaulichtorganisationen für ein **Ja zur Mobilitätsinitiative und gegen Tempo 30 auf Hauptstrassen** ein.

Die Stadt Zürich sieht dies anders: Das Sicherheitsdepartement unter der Leitung von Karin Rykart (Grüne) argumentiert aus ideologischen Gründen gegen die Mobilitätsinitiative und für Tempo 30 und nimmt damit in Kauf, dass Feuerwehr und Ambulanz im Notfall ausgebremst werden.

Fazit: Für die Links-Grüne Stadtregierung ist Anti-Auto-Ideologie wichtiger als die Sicherheit ihrer Bürger.

Für die SVP der Stadt Zürich steht das Wohlergehen der Bevölkerung an erster Stelle – deshalb **JA zur Mobilitätsinitiative** am 30. November!

…und am 8. März **Liste 5 SVP** und **Ueli Bamert** als Stadtpräsident wählen.

www.svp-stadt-zuerich.ch
www.ja-mobilitaet.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 30. November 2025

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»	NEIN
2. Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»	NEIN

Kantonale Vorlagen

1. Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) (Änderung vom 7. April 2025; Prämienverbilligung, Bundes- und Kantonsbeitrag)	NEIN
2. A. Kantonale Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität»	NEIN
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 12. Mai 2025	NEIN
Stichfrage	Gegenvorschlag
3. A. Kantonale Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich»	NEIN
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 30. Juni 2025	JA
Stichfrage	Gegenvorschlag
4. Strassengesetz (StrG) (Änderung vom 31. März 2025)	JA

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie oben rechts im Impressum.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes